



Basel, im September 2014

## **Prämienverbilligung 2015**

### **Teilrevision der Verordnung über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt**

#### **1. Ziel der Prämienverbilligung**

Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, haben gemäss Art. 65 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) sowie gemäss §17 des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV) Anspruch auf Prämienbeiträge. Das GKV (§17 Abs. 2 und 3) beauftragt den Regierungsrat, die Einkommensgrenzen und Prämienbeiträge so zu „bemessen, dass die Versicherten in tieferen Einkommensgruppen stärker entlastet werden als Versicherte in höheren Einkommensgruppen“. „Bei versicherten Rentnerinnen und Rentnern, die Anspruch auf Ergänzungsleistungen und/oder kantonale Beihilfe haben, richtet sich der Anspruch auf Prämienbeiträge ausschliesslich nach dem Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Personen, welche Sozialhilfe beziehen, erhalten Prämienbeiträge grundsätzlich auf der Grundlage des Sozialhilfegesetzes.“

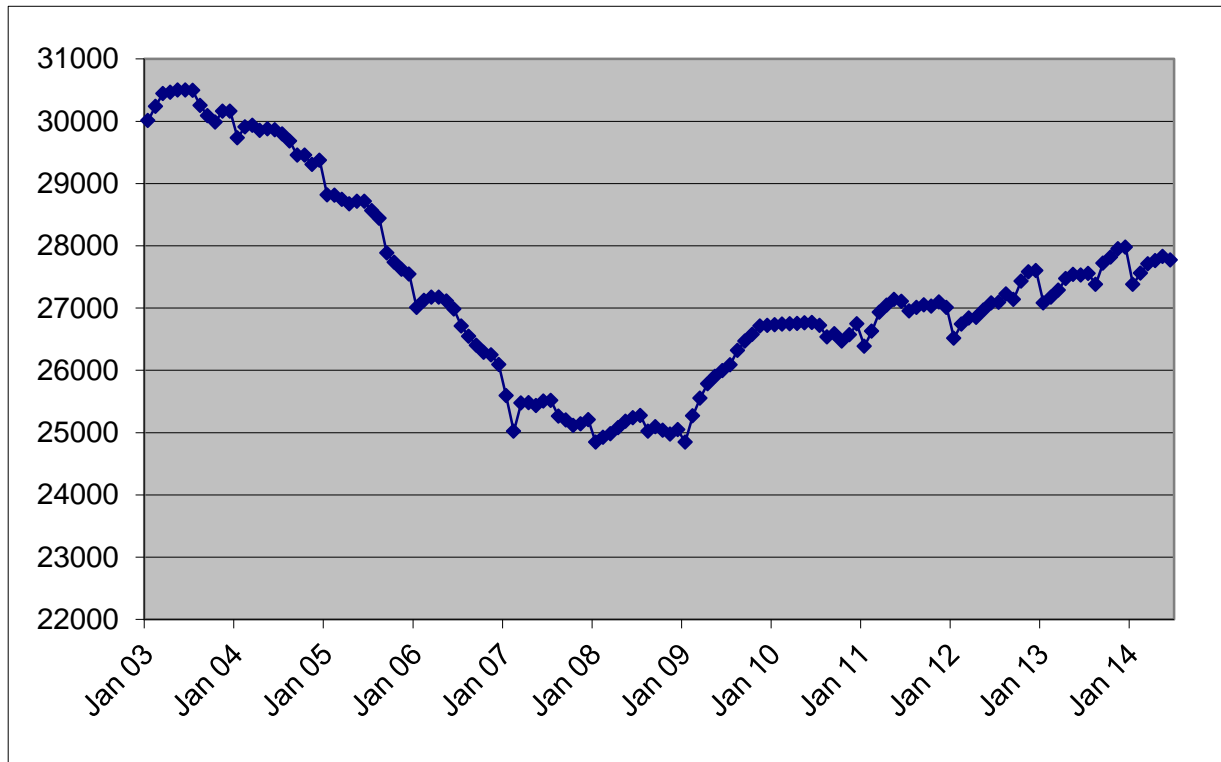
Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) berichtet jährlich über die aktuellen Entwicklungen in der Prämienverbilligung (PV) und beantragt dem Regierungsrat gegebenenfalls Änderungen für das folgende Jahr. Diese Berichterstattung erfolgt in zeitlicher Abstimmung mit der jährlichen Prämiengenehmigung durch das Bundesamt für Gesundheit jeweils Ende September oder Anfang Oktober.

Bei der Bemessung der Prämienbeiträge orientiert sich der Regierungsrat an der Entwicklung der Durchschnittsprämien für die Grundversicherung in Basel-Stadt. Für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL) bzw. von Sozialhilfe (SH) hat der Regierungsrat praktisch keinen Handlungsspielraum: die Prämienbeiträge müssen der Prämienentwicklung in vollem Umfang angepasst werden. Bei den übrigen PV-Bezügerinnen und -bezüger hat der Regierungsrat einen beschränkten Handlungsspielraum, weil erwachsene Personen ohne EL oder SH keinen gesetzlichen Anspruch auf eine automatische und vollständige Kopplung ihrer Prämienbeiträge an die Prämienentwicklung haben. Sie haben aber Anspruch auf "eine dauerhafte, finanziell tragbare Krankenversicherung" (§1 GKV). Das Bundesgesetz schreibt zudem vor, dass die Prämien für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung mindestens um die Hälfte zu verbilligen sind (Art. 65 KVG). Der Budget-Einzelposten für die Prämienverbilligung (netto) wird somit massgeblich durch die Fallzahlenentwicklung (bei den EL, der SH und der reinen PV) sowie durch den Anstieg der Krankenkassenprämien beeinflusst.

## 2. Entwicklung der Prämienbeiträge

Die Anzahl der "reinen" PV-Bezüger/innen, d.h. ohne Berücksichtigung der Personen, die Beiträge an die Krankenversicherung mittels EL oder SH erhalten, war in den Jahren 2003 bis 2008 rückläufig. Seit Anfang 2009 ist die Anzahl Personen von 25'000 auf 27'800 (Juni 2014) gestiegen (plus 11 Prozent). Dies ist gleichbedeutend mit einer Fallzunahme von 12'800 auf 14'100 Dossiers (plus 10.2 Prozent). Dieser Anstieg war im Jahr 2009 sehr deutlich und ist seither abgeflacht. Die Entwicklung entspricht den Erwartungen, da per 1. Januar 2009 die Einkommensgrenzen für den PV-Anspruch nach oben an die zuvor aufgelaufene Teuerung angepasst wurden. Diese Grenzen lässt der Regierungsrat fürs 2015 unverändert (vgl. Tabelle im Anhang).

Abbildung 1 – Entwicklung Anzahl reine IPV-Bezüger/innen 2003 – 2014



Im Vergleich zum Versichertenbestand von 182'500 beziehen somit aktuell (per 30.6.14) insgesamt 51'249 Personen (28%) Prämienbeiträge aus den Bereichen reine PV (27'769 Personen / 15%), EL (14'653 Personen / 8%) und SH (8'827 Personen / 5%). Basel-Stadt liegt damit im schweizerischen Mittel, was den Anteil der PV-Bezüger/innen am Versichertenbestand betrifft. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Anteile der EL- und SH-Bezüger/innen in Basel-Stadt weit über dem schweizerischen Mittel liegen. Das bedeutet also, dass der im kantonalen Spielraum liegende Anteil der reinen PV-Bezüger/innen deutlich unter dem schweizerischen Mittel liegt, indem die Anspruchskriterien (Einkommens- und Vermögensgrenzen, Haushaltszusammensetzung, Anrechnung anderer Sozialleistungen und hypothetischer Einkommen) in Basel-Stadt eher restriktiv gehandhabt werden.

**Tabelle 1 – Quote der PV-Bezüger/innen nach Kanton**

(Quelle: KVG-Statistik 2012, T 4.02)

Kanton	Quote der Bezüger/innen* (2012)
NW	46.2%
BE	29.2%
ZH	29.8%
BL	20.9%
AG	25.4%
BS	27.9%
CH	29.0%

\*Total Bezüger/innen in Prozent des durchschnittlichen Versichertenbestands

Auch bezüglich der durchschnittlichen Beträge, die von den Kantonen pro Bezüger/in ausgerichtet werden, bestehen massgebliche Unterschiede: Sie liegen zwischen 928 Franken (Appenzell-Innerrhoden) und 2'823 Franken (Basel-Stadt) pro Jahr, wobei der schweizerische Durchschnitt bei 1'719 Franken liegt.

**Tabelle 2 – Beiträge pro Bezüger/in nach Kanton**

(Quelle: KVG-Statistik 2011, T 4.08)

Kanton	Total Beiträge pro Bezüger/in in Fr.	Beiträge in % der Durchschnittsprämie
AI	928	42.0%
BE	1'334	40.6%
ZH	1'592	52.0%
BL	2'053	61.5%
AG	1'642	57.2%
BS	2'823	65.4%
CH	1'719	55.9%

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB), das für die Durchführung der PV in Basel-Stadt zuständig ist, kommt weiterhin regelmässig seiner Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung gemäss § 17 Abs. 5 GKV nach. Im laufenden Jahr wurden über 4'100 Personen angeschrieben, die aufgrund ihrer Steuerdaten möglicherweise einen Anspruch auf PV haben könnten, aber bisher keinen Antrag gestellt haben.

Tabelle 3 zeigt die Verteilung der reinen PV-Bezüger/innen auf die Einkommensgruppen. Dort ist ersichtlich, dass die Einkommensgruppe 1 (tiefste Einkommen) die grösste Anzahl Personen aufweist. Bei den Einkommensgruppen 2-18 ist eine sehr ausgeglichene Mengenverteilung ersichtlich. Der "Ausreisser" nach oben bei den Erwachsenen in der Einkommensgruppe 6 dürfte auf das hypothetische Einkommen<sup>1</sup> zurückzuführen sein, liegt doch der Wert für das hypothetische Einkommen mit 28'800 Franken für Einzelpersonen in der Gruppe 6.

<sup>1</sup> Unter einem hypothetischen Erwerbseinkommen ist ein Einkommen zu verstehen, welches die leistungsbeziehende Person erzielen könnte, wenn sie ihre Erwerbsfähigkeit vollumfänglich nutzen würde. Dieser Betrag wird bei der Einkommensberechnung für alle bedarfsabhängigen Sozialleistungen des Kantons Basel-Stadt eingesetzt, wenn kein anerkannter Grund für ein geringeres Erwerbseinkommen besteht.

**Tabelle 3 – Anzahl PV-Bezüger/innen nach Einkommensgruppen (Stand: Juli 2014)**

Gruppe	Erwachsene	Junge Erw.	Kinder	Anzahl Personen	Anzahl Haushalte
01	3165	762	1445	5372	3134
02	516	105	316	937	433
03	550	96	329	975	439
04	616	86	342	1044	474
05	722	90	408	1220	565
06	1236	253	452	1941	1166
07	808	107	455	1370	628
08	875	120	469	1464	690
09	912	134	469	1515	698
10	932	114	425	1471	743
11	977	172	362	1511	814
12	946	103	366	1415	728
13	968	101	370	1439	742
14	943	108	366	1417	739
15	907	100	313	1320	724
16	759	80	278	1117	580
17	731	97	250	1078	581
18	661	87	198	946	495
<b>Total</b>	<b>17'224</b>	<b>2'715</b>	<b>7'613</b>	<b>27'552</b>	<b>14'373</b>
<b>Vgl. mit Vorjahr</b>	+198 +1,2%	+11 +0,4%	-73 -0,9%	+136 +0,5%	+239 +1,7%

Die Entwicklung der Neuanmeldungen (= bearbeitete Anträge von wirtschaftlichen Haushalten) hatte sich in den Jahren 2005 bis 2008 bei rund 300 pro Monat bzw. ca. 3'600 pro Jahr stabilisiert. Mit den neuen Anspruchsvoraussetzungen seit Anfang 2009 kam es erwartungsgemäss zu einem Anstieg der Neuanmeldungen. Die Zahl der Neuanmeldungen lag im 2009 bei über 6'200 (500 pro Monat), und ist seither kontinuierlich angestiegen auf über 8'460 im Jahr 2013 (700 pro Monat). Im Jahr 2014 rechnet das ASB mindestens mit der gleichen Anzahl Neuanmeldungen.

Gesamthaft (inkl. EL, SH und Abgeltung an die Krankenversicherer für ausstehende Prämien und Kostenbeteiligungen gemäss Art. 64a KVG) wurden 2013 im Kanton Basel-Stadt Prämienbeiträge im Umfang von rund 146 Mio. Franken ausgerichtet. Dies entspricht rund 19 Prozent des kantonalen Prämienvolumens von 787 Mio. Franken für das Jahr 2013 (Quelle: Ergebnisrechnungen BS in Prämieingaben, August 2014).

### 3. Prämienentwicklung in der Grundversicherung

Die Prämien der obligatorischen Krankenversicherung werden in Basel-Stadt im kommenden Jahr im Durchschnitt um 4.1 Prozent steigen. Der Anstieg fällt dieses Jahr höher aus als im letzten Jahr (1.2%) und liegt nahe dem schweizerischen Durchschnitt von 4.0 Prozent. Während die Prämien für die Erwachsenen um 4.1 Prozent steigen, liegt der durchschnittliche Prämienanstieg bei jungen Erwachsenen (19. bis vollendetes 25. Altersjahr) bei 5.1 Prozent und bei den Kindern bei 3.8 Prozent. Basel-Stadt wird damit bezüglich der Prämienhöhe weiterhin an der nationalen Spitze bleiben.

In den letzten Jahren sind die Grundversicherungsprämien deutlich angestiegen. Seit 2005 betrug in Basel-Stadt der Anstieg der Durchschnittsprämie bei den Erwachsenen 36%. Bei den Kindern betrug der Anstieg 32%, bei den jungen Erwachsenen sogar 55%.

**Tabelle 5 – Kantonale Durchschnittsprämien 2014, in Franken pro Monat**

(Quelle: Prämienübersicht 2014, BAG)

Kanton	Kinder	Junge Erwachsene	Erwachsene
NW	72	280	309
BE	97	392	427
ZH	95	363	395
BL	101	384	421
AG	86	340	374
GE	107	448	483
BS	124	474	513
CH	92	364	397

Der Vergleich der Durchschnittsprämien mit den Prämien der billigsten Kassen zeigt, dass beide in den letzten Jahren in ähnlichem Umfang gestiegen sind. (Um Ausreisser auszuschneiden, wurde für die Berechnung jeweils die drittiefste Prämie berücksichtigt.) Die Durchschnittsprämie liegt 2014 bei den Kindern um 19%, bei den Erwachsenen um 14% und bei den jungen Erwachsenen um 12% über der drittbilligsten Prämie für die Grundversicherung. Obwohl grundsätzlich für alle Versicherten der Anreiz besteht, in ein billigeres Angebot zu wechseln, wird von dieser Möglichkeit weiterhin nur in bescheidenem Ausmass Gebrauch gemacht. Dies, obwohl in Basel-Stadt die Prämienunterschiede zwischen den verschiedenen Versicherern hoch sind und die PV-Bezügerinnen und -Bezüger vom ASB regelmässig über die Sparmöglichkeiten informiert werden.

**Tabelle 6 – Vergleich drittiefste und Durchschnittsprämie 2005/2014 (in Fr./Mt.)**

	Kinder			Junge Erwachsene			Erwachsene		
	2005	2014	05/14	2005	2014	05/14	2005	2014	05/14
<b>Drittiefste Prämie</b>	82	104	+22 (+27%)	274	422	+148 (+54%)	336	449	+113 (+34%)
<b>Ø-Prämie</b>	97	124	+27 (+28%)	316	474	+158 (+50%)	389	513	+124 (+32%)
<b>Differenz</b>	+15 (+18%)	+20 (+20%)		+42 (+15%)	+52 (+12%)		+53 (+16%)	+64 (+14%)	

Für das Jahr 2015 gelten für Basel-Stadt folgende Durchschnittsprämien:

**Tabelle 7 – Durchschnittsprämien BS 2015, in Franken pro Monat**

Durchschnittsprämien	Kinder	Junge Erwachsene	Erwachsene
<b>Ø-Prämie 2014</b>	<b>124</b>	<b>474</b>	<b>513</b>
<b>Ø-Prämie 2015</b>	<b>128</b>	<b>498</b>	<b>534</b>
<b>Erhöhung 14/15</b>	<b>3.8%</b>	<b>5.1%</b>	<b>4.1%</b>

#### 4. Ausgestaltung der Prämienbeiträge 2015

Für das Jahr 2015 hat der Regierungsrat beschlossen, den Prämienanstieg mit einer entsprechenden Erhöhung der Prämienbeiträge so abzufedern, dass die durchschnittliche Prämienbelastung der Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, nicht stärker ansteigt als für die übrige Bevölkerung (in der jeweiligen Alterskategorie).

Für 2015 wurden in der Verordnung über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (KVO) folgende Prämienbeiträge festgelegt:

**Tabelle 8 – Prämienbeiträge 2015 in Franken pro Monat (im Vgl. zu den Prämienbeiträgen 2014)**

Beitrags-Gruppen	Kinder		Junge Erwachsene <sup>a)</sup>		Erwachsene	
	2015 (+3.8%)	2014	2015 (+5.1%)	2014	2015 (+4.1%)	2014
<b>01</b>	<b>115</b>	111	<b>322</b>	306	<b>340</b>	327
<b>02</b>	<b>109</b>	105	<b>302</b>	287	<b>319</b>	306
<b>03</b>	<b>102</b>	98	<b>283</b>	269	<b>295</b>	283
<b>04</b>	<b>95</b>	92	<b>263</b>	250	<b>272</b>	261
<b>05</b>	<b>89</b>	86	<b>244</b>	232	<b>250</b>	240

<b>06</b>	<b>84</b>	81	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>229</b>	220
<b>07</b>	<b>78</b>	75	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>204</b>	196
<b>08</b>	<b>72</b>	69	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>182</b>	175
<b>09</b>	<b>66</b>	64	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>161</b>	155
<b>10</b>	<b>60</b>	58	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>138</b>	133
<b>11</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>116</b>	111
<b>12</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>92</b>	88
<b>13</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>70</b>	67
<b>14</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>48</b>	46
<b>15</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>24</b>	23
<b>16</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>23</b>	22
<b>17</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>22</b>	21
<b>18</b>	<b>58<sup>b</sup></b>	56 <sup>b</sup>	<b>225<sup>b</sup></b>	214 <sup>b</sup>	<b>21</b>	20

a) Unabhängig davon, ob in Ausbildung oder nicht.

b) mind. 50% der Richtprämie RP. RP = 90% der erwarteten Durchschnittsprämie der jeweiligen Personenkategorie gemäss Tabelle 7.

## **5. Rechtliche Entwicklung auf Bundesebene**

### **5.1 Ausgleich der zwischen 1996 und 2013 zu viel und zu wenig bezahlten Prämien**

Die eidgenössischen Räte haben sich im März 2014 darauf geeinigt, wie die in manchen Kantonen zu viel und in anderen zu wenig bezahlten Krankenkassenprämien der Jahre 1996 – 2013 ausgeglichen werden können (Änderung Art. 106 – 106c KVG). Vorgesehen ist, dass 800 Millionen Franken umverteilt werden – ungefähr die Hälfte der falsch berechneten Prämiensumme. An der Finanzierung haben sich die Versicherten, die Versicherer und der Bund zu je einem Drittel zu beteiligen. Diese Änderung des KVG tritt am 1. Januar 2015 in Kraft und gilt für einen dreijährigen Zeitraum.

Der Ausgleich wird über die Rückerstattung der Lenkungsabgabe auf CO<sub>2</sub> und VOC (Umweltabgabe) abgewickelt. Die Prämienzahler/innen in den Kantonen mit zu tiefen Prämien müssen für eine bestimmte Zeit auf die Vergütung aus der Lenkungsabgabe verzichten. Das heisst, der Prämienzuschlag ist höchstens so hoch wie die Rückverteilung der Lenkungsabgabe. Wer in einem Kanton wohnt, in dem die Prämien zu hoch waren, erhält einen Prämienabschlag. In Basel-Stadt gibt es keinen Prämienaufschlag, da die zu wenig bezahlten Prämien unter dem in der bundesrätlichen Verordnung festgelegten Freibetrag liegen. Der Kanton Basel-Stadt ist mit der Berechnungsmethode des Bundes in zweierlei Hinsicht nicht einverstanden. Zum Einen wechselte Basel-Stadt als einziger Kanton durch eine Änderung der Kalkulationsmethode des BAG in den laufenden Vorbereitungsarbeiten von einer Überdeckung zu einer Unterdeckung, was sich nicht mit den bisherigen Erkenntnissen deckte, welche aus den kantonalen Ergebnisrechnungen abgeleitet wurden. Der Kanton hatte dies sowohl in Korrespondenzen des Gesundheitsdepartements mit dem BAG wie auch in einer Resolution des Grossen Rates im Frühjahr 2013 beanstandet, allerdings ohne Erfolg. Zum Anderen kritisiert der Kanton Basel-Stadt die 2012 vom BAG (sogar mit rückwirkendem Effekt) eingeführte kalkulatorische Zuteilung der Verwaltungskosten der Versicherer auf die kantonalen Sollprämien. Gemäss dieser Methode sind die gesamten Verwal-

tungskosten jedes Versicherers in der Grundversicherung genau proportional zu den Nettoleistungen auf die einzelnen Kantone zu verteilen. Da Basel-Stadt die höchsten Nettoleistungen aufweist, tragen die Basler Versicherten deswegen auch den höchsten Anteil an den Verwaltungskosten, was zu einer jährlichen ungerechtfertigten Mehrbelastung von rund 19 Mio. Franken (d.h. 2.5 Prämienprozente) führt. Diese nachteilige Berechnungsvorschrift wirkt sich sowohl beim Prämienniveau in Basel-Stadt an sich wie auch beim nun von den Bundesbehörden noch definitiv zu ermittelnden Prämienzuschlag negativ aus. Der Kanton Basel-Stadt forderte daher vom BAG, aber bisher erfolglos, dass die Verwaltungskosten wie vor der Änderung durch das BAG wieder pro Kopf nach der Versichertenzahl verteilt werden. Dies mit dem Hinweis, dass auch die Prämienbeiträge des Bundes an die Kantone pro Kopf gemäss Anzahl Versicherter pro Kanton verteilt werden, was Kantone mit hohen Prämien im Verhältnis benachteiligt.

Die Zu- bzw. Abschläge aufgrund der Prämienkorrektur sind gemäss gesondertem Schreiben des BAG nicht Bestandteil der Prämien. Die aufgrund der Korrektur zu entrichtenden Mehr- oder Mindeprämien werden somit in der Berechnung der kantonalen Durchschnittsprämien nicht berücksichtigt.



## Anhang

### Einkommensgruppen (massgebliches Jahreshaushaltseinkommen in CHF)

Gr	1 Pers	2 Pers	3 Pers	4 Pers	5 Pers	6 Pers	7 Pers	8 Pers	9 Pers	10 Pers
01	23'125	37'000	47'000	55'000	61'000	65'000	69'000	73'000	77'000	81'000
02	24'375	39'000	49'000	57'000	63'000	67'000	71'000	75'000	79'000	83'000
03	25'625	41'000	51'000	59'000	65'000	69'000	73'000	77'000	81'000	85'000
04	26'875	43'000	53'000	61'000	67'000	71'000	75'000	79'000	83'000	87'000
05	28'125	45'000	55'000	63'000	69'000	73'000	77'000	81'000	85'000	89'000
06	29'375	47'000	57'000	65'000	71'000	75'000	79'000	83'000	87'000	91'000
07	30'625	49'000	59'000	67'000	73'000	77'000	81'000	85'000	89'000	93'000
08	31'875	51'000	61'000	69'000	75'000	79'000	83'000	87'000	91'000	95'000
09	33'125	53'000	63'000	71'000	77'000	81'000	85'000	89'000	93'000	97'000
10	34'375	55'000	65'000	73'000	79'000	83'000	87'000	91'000	95'000	99'000
11	35'625	57'000	67'000	75'000	81'000	85'000	89'000	93'000	97'000	101'000
12	36'875	59'000	69'000	77'000	83'000	87'000	91'000	95'000	99'000	103'000
13	38'125	61'000	71'000	79'000	85'000	89'000	93'000	97'000	101'000	105'000
14	39'375	63'000	73'000	81'000	87'000	91'000	95'000	99'000	103'000	107'000
15	40'625	65'000	75'000	83'000	89'000	93'000	97'000	101'000	105'000	109'000
16	41'875	67'000	77'000	85'000	91'000	95'000	99'000	103'000	107'000	111'000
17	43'125	69'000	79'000	87'000	93'000	97'000	101'000	105'000	109'000	113'000
18	44'375	71'000	81'000	89'000	95'000	99'000	103'000	107'000	111'000	115'000